

Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 17. März 2009

Versagen der Jugendpolitik verantwortlich für Zulauf zu rechtsextremen Gruppen

Berlin. Mit den ersten Ergebnissen der jetzt vorgestellten Jugendstudie durch Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble sieht sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in ihren Befürchtungen bestätigt, dass rechtsextreme Gruppierungen oder Kameradschaften weiteren Zulauf von jungen Leuten erhalten werden. GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg: „Der Rückzug von Staat und Gesellschaft aus einer aktiven Jugendarbeit ist für rechte Gruppierungen insbesondere in ländlichen Regionen ein gefundenes Fressen. Organisationen wie die rechtsextreme Wiking-Jugend füllen mit Freizeitangeboten gerne die dort hinterlassenen Lücken.“

Die Attraktivität rechtsextremer Gruppen für Jugendliche, so Freiberg, sei mit Kampagnen, Broschüren und Plakaten nicht zu bekämpfen. Freiberg: „Es darf nicht bei Diskussionsrunden bleiben, es muss Hand angelegt und investiert werden in gesellschaftliche Infrastruktur. Wenn jeder, der sich im Kampf gegen Rechts engagiert, mal ein paar Jungens ins Auto packen und mit ihnen zu einem Fußballturnier oder zu einem Grillabend fahren würde, wäre viel erreicht. Auch mit ihnen mal zu reden, wäre schon ein wichtiger Schritt.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190